

06.05.2024

EXKLUSIV: "Sie sind gewarnt worden": Republikanische Senatoren drohen dem IStGH-Ankläger wegen möglicher Haftbefehle gegen Israel

Lesen Sie den vollständigen Brief, der Zeteo vorliegt und in dem Sanktionen zur Verteidigung Netanjahus angedroht werden.

Team Zeteo

Karim Khan KC, IStGH-Ankläger (Foto: Yui Mok/PA Images via Getty Images)

Eine Gruppe einflussreicher republikanischer Senatoren hat einen Brief an den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), Karim Khan, geschickt, in dem sie ihn davor warnen, internationale Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu und andere israelische Amtsträger auszustellen, und ihm mit "schweren Sanktionen" drohen, sollte er dies tun.

In einem knappen, einseitigen Brief, der Zeteo exklusiv vorliegt und von 12 GOP-Senatoren, darunter Tom Cotton aus Arkansas, Marco Rubio aus Florida und Ted Cruz aus Texas, unterzeichnet wurde, wird Khan mitgeteilt, dass jeder Versuch des IStGH, Netanjahu und seine Kollegen für ihre Aktionen in Gaza zur Rechenschaft zu ziehen, "nicht nur als Bedrohung der Souveränität Israels, sondern auch der Souveränität der Vereinigten Staaten" ausgelegt wird.

"Nehmen Sie Israel ins Visier, werden wir Sie ins Visier nehmen", schreiben die Senatoren an Khan und fügen hinzu, dass sie "Ihre Angestellten und Mitarbeiter mit Sanktionen belegen und Sie und Ihre Familien aus den Vereinigten Staaten ausschließen" werden.

Der Brief schließt mit einem eher unheilvollen Satz: "Sie sind gewarnt worden."

In einer Erklärung an Zeteo sagte der demokratische Senator Chris Van Hollen aus Maryland: "Es ist in Ordnung, sich gegen eine mögliche gerichtliche Maßnahme auszusprechen, aber es ist absolut falsch, sich in eine gerichtliche Angelegenheit einzumischen, indem man Gerichtsvollziehern, ihren

Familienangehörigen und ihren Mitarbeitern mit Vergeltung droht. Dieses Vorgehen passt zur Mafia, nicht zu US-Senatoren".

Während weder Israel noch die Vereinigten Staaten Mitglieder des IStGH sind, wurden die palästinensischen Gebiete im April 2015 mit dem Status eines Mitgliedsstaates aufgenommen. Khan, ein britischer Anwalt, wurde im Februar 2021 zum Chefankläger des IStGH ernannt, eine Woche nachdem das Gericht bereits mehrheitlich beschlossen hatte, dass sich seine territoriale Zuständigkeit auf den "Gazastreifen und das Westjordanland" erstreckt.

Nach den Anschlägen vom 7. Oktober 2023 gab Khan bekannt, dass der Gerichtshof für alle potenziellen Kriegsverbrechen zuständig sei, die sowohl von Hamas-Kämpfern in Israel als auch von israelischen Streitkräften im Gazastreifen begangen werden. Gemäß dem Römischen Statut von 2002 kann der IStGH Einzelpersonen wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord anklagen - und jüngsten Berichten zufolge glauben israelische Beamte zunehmend, dass der IStGH Haftbefehle gegen Netanjahu und andere hochrangige Kabinetts- und Militärbeamte vorbereitet.

Am Freitag veröffentlichte das in Den Haag ansässige Büro des Chefanklägers eine beispiellose Erklärung auf Twitter, in der es ein Ende der Drohungen mit Vergeltungsmaßnahmen gegen den IStGH und der Versuche, seine Beamten "zu behindern" und "einzuschüchtern", forderte. Die Erklärung fügte hinzu, dass derartige Drohungen nach dem Römischen Statut einen "Verstoß gegen die Rechtspflege" darstellen könnten.

(Twitter @IntlCrimCourt)

Der Zeitpunkt dieser seltenen öffentlichen Rüge macht nun mehr Sinn: Der Brief der US-Senatoren wurde eine Woche zuvor, am 24. April, an Khan gesandt.

In ihrem Schreiben erinnern das Dutzend republikanischer Senatoren Khan daran, dass die USA "mit dem American Service-Members' Protection Act gezeigt haben, wie weit wir gehen, um [ihre] Souveränität zu schützen".

Das ASPA, das 2002 von George W. Bush unterzeichnet wurde, ist inzwischen weithin als "Haager Invasionsgesetz" bekannt, weil es den US-Präsidenten ermächtigt, "alle notwendigen und angemessenen Mittel einzusetzen", um die Freilassung nicht nur von US-Personen, sondern auch von Verbündeten zu erwirken, die vom Internationalen Strafgerichtshof inhaftiert oder festgehalten werden.

Die Gruppe republikanischer Senatoren - zu der auch der Minderheitenführer Mitch McConnell aus Kentucky und Tim Scott aus South Carolina gehören, der

als Kandidat für die Vizepräsidentschaft von Donald Trump gehandelt wird - weist darauf hin, dass die Ausstellung von Haftbefehlen für die israelische Führung durch den IStGH "unrechtmäßig wäre und keine rechtliche Grundlage hätte" und die "Heuchelei und Doppelmoral" des Gerichts "offenlegen" würde. Sie weisen darauf hin, dass Khan keine Haftbefehle für die Führer des Iran, Syriens, Chinas oder der Hamas ausgestellt hat. Sie versäumen es jedoch zu erwähnen, dass die drei genannten Länder weder Mitglieder des IStGH sind noch beschuldigt werden, Kriegsverbrechen auf dem Gebiet eines IStGH-Mitglieds begangen zu haben. Was die Hamas-Vertreter betrifft, so wurde berichtet, dass der Chefankläger in der Tat auch "Haftbefehle gegen Hamas-Führer erwägt".

Sollte Khan in den kommenden Tagen einen Haftbefehl gegen Netanjahu erlassen, wäre es nicht das erste Mal, dass er gegen einen umstrittenen Staatschef wegen angeblicher Kriegsverbrechen vorgeht - oder dafür sanktioniert wird. Im März 2023 erließ der IStGH einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen seiner angeblichen Verantwortung für das Kriegsverbrechen der rechtswidrigen Deportation der Bevölkerung (Kinder)". Die russische Regierung reagierte daraufhin, indem sie Khan auf eine Fahndungsliste setzte.

Damals bezeichnete Präsident Biden den Haftbefehl gegen Putin als "gerechtfertigt" und sagte, dass er ein "sehr gutes Argument" darstelle. Und zwei Jahre zuvor, im April 2021, hob Biden die US-Sanktionen auf, die von der Trump-Administration gegen den IStGH-Ankläger im Zuge einer Untersuchung der US-Militäraktion in Afghanistan verhängt worden waren.

Am Freitag erklärte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, gegenüber Reportern, dass die Regierung "jegliche Bedrohung oder Einschüchterung von Amtsträgern, einschließlich der IStGH-Beamten" ablehne, dass der Präsident aber "diese Ermittlungen nicht unterstützt". Das Weiße Haus lehnte es gegenüber Zeteo ab, den Brief der Senatoren zu kommentieren, ebenso wie die Generalstaatsanwaltschaft des ICC in Den Haag.

Senatorin Katie Britt aus Alabama, eine der republikanischen Unterzeichnerinnen des Briefes, sagte gegenüber Zeteo, es sei "keine Drohung - ein Versprechen". Die 11 anderen republikanischen Senatoren, die den Brief unterzeichnet haben, haben bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht auf Zeteos Bitten um einen Kommentar reagiert."

Der vollständige Brief mit der Liste der republikanischen Unterzeichner wird unten exklusiv von Zeteo veröffentlicht:

(Brief der US-Senatoren an den ISTGH-Ankläger)

(Übersetzt mit DeepL)

+++

EXCLUSIVE: “You Have Been Warned”: Republican Senators Threaten the ICC Prosecutor over Possible Israel Arrest Warrants

Read the full letter, obtained by Zeteo, which threatens sanctions in defense of Netanyahu.

[Team Zeteo](#)

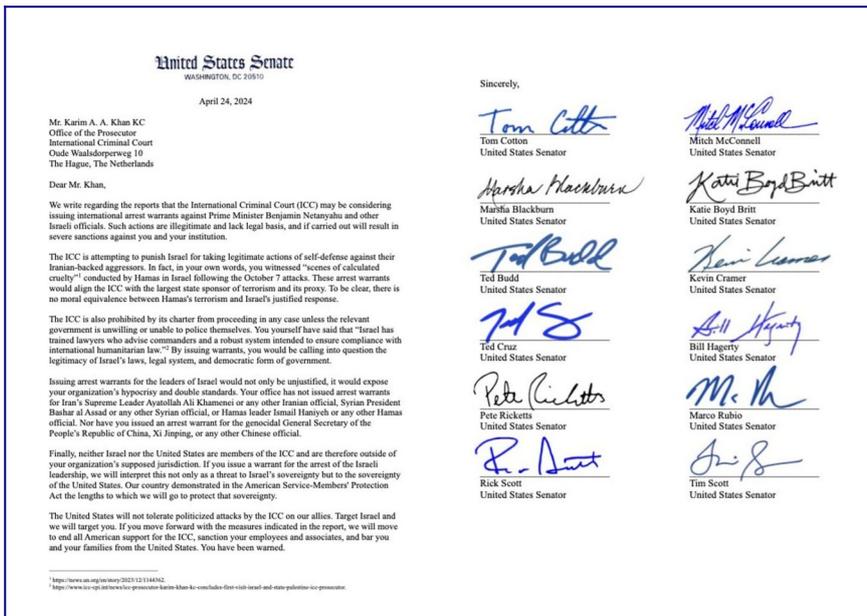


Karim Khan KC, ICC Prosecutor (Photo by Yui Mok/PA Images via Getty Images)

A group of influential Republican senators has sent a letter to International Criminal Court (ICC) chief prosecutor Karim Khan, warning him not to issue international arrest warrants against Israeli Prime Minister Benjamin

Netanyahu and other Israeli officials, and threatening him with “severe sanctions” if he does so.

In a terse, one-page letter obtained exclusively by **Zeteo**, and signed by 12 GOP senators, including Tom Cotton of Arkansas, Florida’s Marco Rubio, and Ted Cruz of Texas, Khan is informed that any attempt by the ICC to hold Netanyahu and his colleagues to account for their actions in Gaza will be interpreted “not only as a threat to Israel’s sovereignty but to the sovereignty of the United States.”



“Target Israel and we will target you,” the senators tell Khan, adding that they will “sanction your employees and associates, and bar you and your families from the United States.”

Rather ominously, the letter concludes: “You have been warned.”

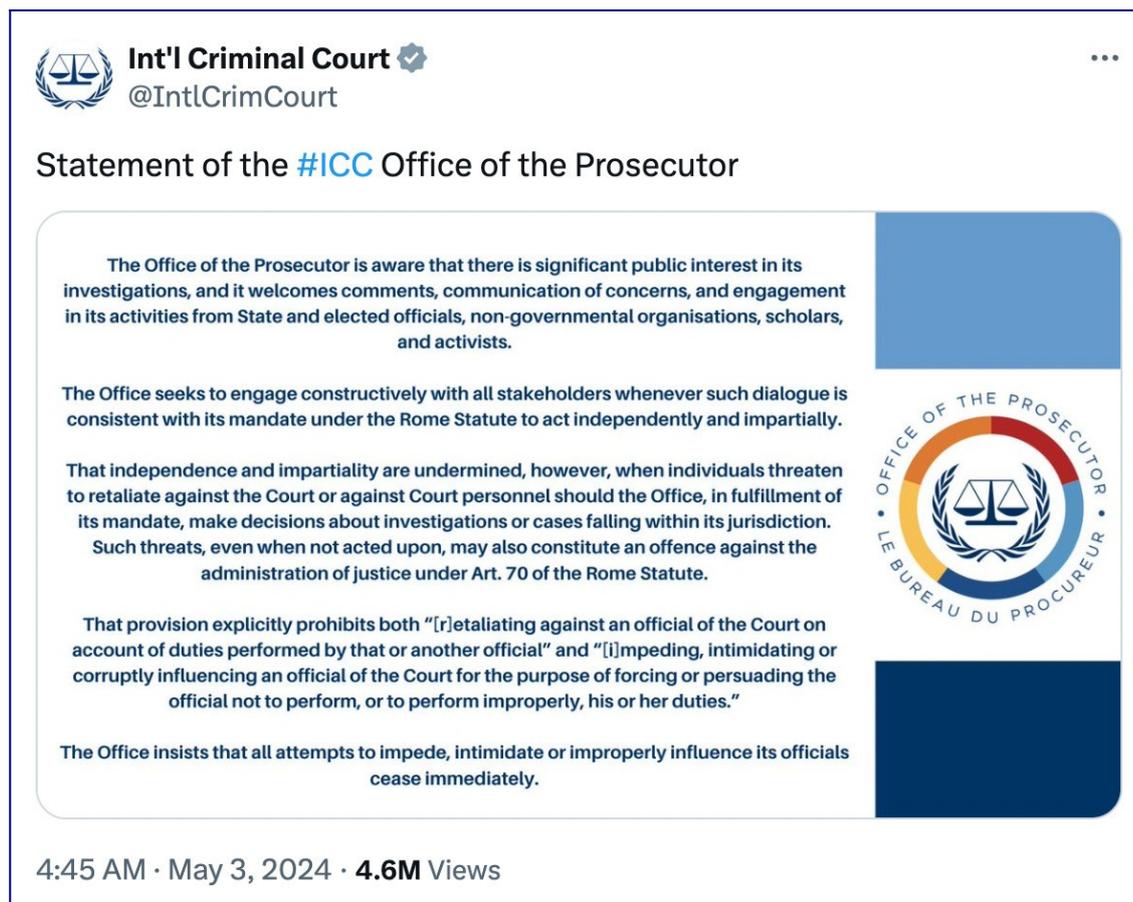
In a statement to **Zeteo**, Democratic Sen. Chris Van Hollen of Maryland said, “It is fine to express opposition to a possible judicial action, but it is absolutely wrong to interfere in a judicial matter by threatening judicial officers, their family members and their employees with retribution. This thuggery is something befitting the mafia, not U.S. senators.”

While neither Israel nor the United States are members of the ICC, the Palestinian territories were [admitted](#) with the status of a member state in April 2015. Khan, a British lawyer, was appointed as the ICC’s chief prosecutor in February 2021, a week after the court had already [decided](#), by majority, that its territorial jurisdiction extended to “Gaza and the West Bank.”

In the wake of the attacks of Oct. 7, 2023, Khan [announced](#) that the court had jurisdiction over any potential war crimes committed both by Hamas militants in Israel and by Israeli forces in Gaza. The ICC, per the [Rome Statute](#) of 2002,

can charge individuals with war crimes, crimes against humanity, and genocide – and [recent reports](#) suggest Israeli officials increasingly believe that the ICC is preparing arrest warrants for Netanyahu and other senior cabinet and military officials.

On Friday, The Hague-based office of the chief prosecutor published an unprecedented [statement](#) on Twitter, calling for an end to threats of retaliation against the ICC and attempts to “impede” and “intimidate” its officials. The statement added that such threats could “constitute an offence against the administration of justice” under the Rome Statute.



(Twitter [@IntlCrimCourt](#))

The timing of this rare public rebuke now makes more sense: The U.S. senators’ letter was sent to Khan a week earlier, on April 24.

In their letter, the dozen Republican senators remind Khan that the U.S. “demonstrated in the American Service-Members’ Protection Act the lengths to which we will go to protect [its] sovereignty.”

The [ASPA](#), signed into law by George W. Bush in 2002, has since become widely known as “The Hague Invasion Act” because it authorizes the U.S. president [“to use all means necessary and appropriate”](#) to bring about the

release not just of U.S. persons but also allies who are imprisoned or detained by the ICC.

The group of Republican senators – which also includes Minority Leader Mitch McConnell of Kentucky and South Carolina’s Tim Scott, who is believed to be on Donald Trump’s [vice-presidential shortlist](#) – suggests the issuance of any arrest warrants for the leaders of Israel by the ICC would be “illegitimate and lack legal basis,” as well as “expose” the court’s “hypocrisy and double standards.” They point out that Khan has not issued arrest warrants for the leaders of Iran, Syria, China, or Hamas. They fail to mention, however, that the three countries listed are not members of the ICC, nor are they accused of carrying out war crimes on the territory of an ICC member. As for Hamas officials, it has been [reported](#) that the chief prosecutor is, in fact, also “weighing arrest warrants for leaders from Hamas.”

If Khan does issue an arrest warrant for Netanyahu in the coming days, it won’t be the first time he has gone after a controversial world leader over alleged war crimes – or been sanctioned for doing so. In March 2023, the ICC issued an [arrest warrant](#) for Russian President Vladimir Putin for his alleged responsibility “for the war crime of unlawful deportation of population (children).” The Russian government responded by putting Khan on a [“wanted” list](#).

At the time, President Biden [called](#) the arrest warrant for Putin “justified” and said it made a “very good point.” And, two years earlier, in April 2021, Biden [revoked](#) U.S. sanctions that had been imposed by the Trump administration on the ICC prosecutor in the wake of an investigation into U.S. military action in Afghanistan.

On Friday, White House press secretary Karine Jean-Pierre [told reporters](#) that the administration opposes “any threats or intimidation to public officials... including ICC officials” but that the president does “not support this investigative probe.” The White House declined to comment to **Zeteo** on the senators’ letter, as did the ICC Chief Prosecutor’s Office in The Hague.

Sen. Katie Britt of Alabama, one of the letter’s Republican signatories, told **Zeteo** it was “not a threat - a promise.” The 11 other Republican Senators who signed the letter did not respond to **Zeteo’s** requests for comment by the time of publication.”

The full letter, with the list of Republican signatories, is published exclusively by **Zeteo** below:

United States Senate
WASHINGTON, DC 20510

April 24, 2024

Mr. Karim A. A. Khan KC
Office of the Prosecutor
International Criminal Court
Oude Waalsdorperweg 10
The Hague, The Netherlands

Dear Mr. Khan,

We write regarding the reports that the International Criminal Court (ICC) may be considering issuing international arrest warrants against Prime Minister Benjamin Netanyahu and other Israeli officials. Such actions are illegitimate and lack legal basis, and if carried out will result in severe sanctions against you and your institution.

The ICC is attempting to punish Israel for taking legitimate actions of self-defense against their Iranian-backed aggressors. In fact, in your own words, you witnessed “scenes of calculated cruelty”¹ conducted by Hamas in Israel following the October 7 attacks. These arrest warrants would align the ICC with the largest state sponsor of terrorism and its proxy. To be clear, there is no moral equivalence between Hamas's terrorism and Israel's justified response.

The ICC is also prohibited by its charter from proceeding in any case unless the relevant government is unwilling or unable to police themselves. You yourself have said that “Israel has trained lawyers who advise commanders and a robust system intended to ensure compliance with international humanitarian law.”² By issuing warrants, you would be calling into question the legitimacy of Israel's laws, legal system, and democratic form of government.

Issuing arrest warrants for the leaders of Israel would not only be unjustified, it would expose your organization's hypocrisy and double standards. Your office has not issued arrest warrants for Iran's Supreme Leader Ayatollah Ali Khamenei or any other Iranian official, Syrian President Bashar al Assad or any other Syrian official, or Hamas leader Ismail Haniyeh or any other Hamas official. Nor have you issued an arrest warrant for the genocidal General Secretary of the People's Republic of China, Xi Jinping, or any other Chinese official.

Finally, neither Israel nor the United States are members of the ICC and are therefore outside of your organization's supposed jurisdiction. If you issue a warrant for the arrest of the Israeli leadership, we will interpret this not only as a threat to Israel's sovereignty but to the sovereignty of the United States. Our country demonstrated in the American Service-Members' Protection Act the lengths to which we will go to protect that sovereignty.

The United States will not tolerate politicized attacks by the ICC on our allies. Target Israel and we will target you. If you move forward with the measures indicated in the report, we will move to end all American support for the ICC, sanction your employees and associates, and bar you and your families from the United States. You have been warned.

¹ <https://news.un.org/en/story/2023/12/1144362>

² <https://www.icc-epi.int/news/icc-prosecutor-karim-khan-kc-concludes-first-visit-israel-and-state-palestine-icc-prosecutor>

Sincerely,



Tom Cotton
United States Senator



Mitch McConnell
United States Senator



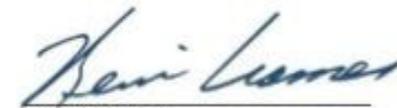
Marsha Blackburn
United States Senator



Katie Boyd Britt
United States Senator



Ted Budd
United States Senator



Kevin Cramer
United States Senator



Ted Cruz
United States Senator



Bill Hagerty
United States Senator



Pete Ricketts
United States Senator



Marco Rubio
United States Senator



Rick Scott
United States Senator



Tim Scott
United States Senator

(Letter from U.S. Senators to the ICC Prosecutor)